

Blickpunkte

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **73 (1993)**

Heft 11

PDF erstellt am: **25.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Am 17. Oktober 1993 ist Herr Dr. Gerhard Winterberger in seinem 72. Lebensjahr verstorben. Herr Dr. Winterberger war seit 1987 Mitglied unseres Vorstandes. Er hat mit seiner umfassenden Kenntnis wirtschaftlicher Zusammenhänge, durch sein sicheres Urteil und seinen liberalen Geist Wesentliches beigetragen. Wir danken Herrn Winterberger und werden ihn als einen höchst kultivierten und liebenswürdigen Freund in dauerhafter Erinnerung behalten.

Vorstand und Redaktion der
«Schweizer Monatshefte»

Mehrwertsteuer – ein wichtiger Entscheid

Der Volksentscheid zur Ablösung der alten, von allerlei Gebrechen geplagten Warenumsatzsteuer durch eine moderne, insbesondere *wettbewerbsneutrale* Mehrwertsteuer muss vom wirtschaftlichen Standpunkt aus als ausserordentlich bedeutsam qualifiziert werden. Man kann ihn in seinem finanzpolitischen Gewicht kaum überschätzen. Zum einen geht es darum, die Wirtschaft der Schweiz, die im Rezessionstief gegen verschiedenes Ungemach anzukämpfen hat, von einem *gravierenden Wettbewerbsnachteil*, der Besteuerung der Investitionen, zu befreien und damit ihr Durchsetzungsvermögen in der Auseinandersetzung mit einer aufsässigen internationalen Konkurrenz zu verbessern. Allein schon dieses Argument, hinter dem sich die Sicherung von Arbeitsplätzen versteckt, sollte eigentlich ausreichen, um dem Systemwechsel eine positive Note abzugewinnen. Zum andern aber ist eine Teilmodernisierung

des schweizerischen Steuersystems in einem wirtschaftlichen Klima kein Luxus, in dem nach der Abstimmung vom 6. Dezember des vergangenen Jahres viel von Revitalisierung die Rede, aber nur wenig geschehen ist. Und endlich sollte nicht übersehen werden, dass mit dem Systemwechsel die Besteuerung des Konsums auf eine *solidere Grundlage* gestellt wird; sie wird von den Investitionen, die im Konjunktur auf bekanntlich starken Schwankungen ausgesetzt sind, abgekoppelt. Es ist zu erwarten, dass deshalb auch die Steuererträge *stetiger* fließen werden.

Der Souverän hat erstmals die Möglichkeit, sich zum Systemwechsel *und* zum Steuersatz äussern zu können: 6,2 Prozent oder 6,5 Prozent? Die bisherigen Versuche, die Mehrwertsteuer einzuführen, sind in erster Linie deshalb an der Hürde der Volksabstimmung gescheitert, weil die Abstimmungsvorlagen fiskalpolitisch *überladen* waren.

Kuppelprodukte dieser Art sind äusserst unbeliebt. Mit der Schaffung einer klaren Entscheidungsgrundlage hat das Parlament Lernfähigkeit bewiesen. Auch der Finanzminister ist nun nach einigem Zögern und vielsagenden rhetorischen Schleifen auf diese Linie eingeschwenkt. Es dauerte reichlich lange, bis er seine «Kuppelproduktmentalität» aufgegeben hatte. Dass Bundesrat Stich vehement für einen Satz von 6,5 Prozent plädiert, ist im Lichte der fiskalpolitischen Philosophie seiner Partei nachvollziehbar. Ob diese Option auch wirtschaftlicher Vernunft entspricht, steht allerdings auf einem andern Blatt.

Es ist sattsam bekannt, dass der Täter der Finanzmisere des Bundes nicht bei den rezessionsgedämpften Einnahmen zu suchen ist, sondern vielmehr beim phasenweise zügellosen Ausgabengebahren nicht zuletzt auch des Parlamentes. Ergo müsste der Hobel primär an dieser Stelle angesetzt werden. Steuererhöhungen dagegen sind dann, wenn die Wirtschaft nur noch mit halber Kraft fährt, das falsche Rezept. Es wird bei einem Satz von 6,2 Prozent Verteilungskämpfe geben, wie sie die Schweiz noch nie erlebt hat, prognostiziert Bundesrat Stich aus dem Jammertal. Das könnte in der Tat der Fall sein. Nur retten angesichts der Grössenordnungen, die zur Diskussion stehen, 500 Mio. Franken Mehreinnahmen weder Politiker noch Interessengruppen auch nicht mehr vor einem möglicherweise intensivierten Gerangel um die knapper gewordenen Mittel, weil Ausgabenstraffung und die Setzung von klaren Prioritäten in keinem Falle zu umgehen sind. Die Finanzpolitik muss offenbar so oder so durch das Schlammbad eines erheblichen Gezänks. Es gehört zum gesicherten Erfahrungsschatz der praktischen Finanzpolitik, dass der Lernprozess langsam ver-

läuft und deshalb auch die sozialen Kosten der Anpassungsmechanismen entsprechend hoch ausfallen. Schon zu den Zeiten von Willi Ritschard, in denen der Bundeshaushalt ebenfalls in die roten Zahlen abrutschte, wurden Steuererhöhungen und Sparen als die «einzige» Rettung angepriesen, wobei die Linke getreu ihren finanzpolitischen «Idealen» den Akzent auf eine Verbesserung der Einnahmen legte. Sie hat die Bundesfinanzen, wie heute kühlen Herzens festzustellen ist, mitnichten saniert! Die Finanzpolitik hat sich auf der Bundesebene einige Jahre später wieder in eine Sackgasse manövriert. Und von neuem ist der Ruf nach höheren Steuern als einzig rettende Strategie zu vernehmen – nur hat sich seither sowohl die steuerliche Belastungsquote wie die Staatsquote wieder eine Etage nach oben verschoben.

Kann dieses Spiel *ad libitum* fortgesetzt werden? Die Unentwegten, die den Bundeshaushalt als Selbstbedienungsladen betrachten, scheinen einer solchen «Politik» nicht abgeneigt zu sein. Die Konsequenzen jedoch müssen mit Sicherheit immer spürbarer werden. Mit jedem weiteren Schritt nach oben auf der Steuerleiter wird zudem der Weg zurück, wenn er denn einmal durch die «normative Macht der Fakten» erzwungen werden wird, schwieriger – siehe Schweden. Wer noch immer davon redet, dass die Schweiz im internationalen Vergleich nach wie vor relativ vorteilhaft abschneide, ist offenbar der Meinung, dass die gedankenlose Nachahmung fragwürdiger Beispiele eine pragmatische Tugend sei. Etwas mehr *prospektives Verhalten* anstelle reaktiven Treibenlassens könnte heilsam wirken. Ein Steuersatz von 6,2 Prozent erhöht den Druck in dieser Richtung.

Willy Linder

Europapolitische Irritationen

Der Ausflug des eidgenössischen Parlamentes in die *Romandie* hat trotz einiger Unkosten im grossen Ganzen ein gutes Echo gefunden. Einmal abgesehen von den persönlichen Erlebnissen und Horizonterweiterungen hat der Umstand, dass die Bundesversammlung sich ausserhalb des Bundeshauses organisieren musste und dies wie eine internationale Konferenz in Genf auch reibungslos bewältigte, den Räten selbst und dem Publikum die Grösse und die Komplexität einer solchen Sessionsveranstaltung viel deutlicher als sonst vor Augen geführt. Es kommt nicht von ungefähr, dass die mangelnde Selbstdarstellung und Öffentlichkeitsarbeit des Parlamentes nun plötzlich stärker empfunden werden.

Im Vordergrund des unvermeidlichen Medienwirbels standen indessen die symbolischen Werte der Genfer Session. Die Überwindung des Röstigrabens wurde kräftig besungen und begossen. Und nur zu gerne hätten manche Parlamentarier in der Westschweiz – und zumal in der kosmopolitischen Metropole – auch Zeichen der *Öffnung der Schweizer Politik nach aussen* setzen und damit den Graben des 6. Dezembers wenigstens notdürftig überbrücken wollen. Die allzu naive oder unbedachte symbolische Aktion einer improvisierten Integrationsdebatte schlug indessen gründlich fehl. Sie offenbarte im Gegenteil eine geradezu beängstigende *Orientierungs- und Führungslosigkeit* bezüglich des weiteren Vorgehens in der Europafrage.

Das Nein des Souveräns zum EWR-Vertrag steht nach wie vor *unbewältigt* im Raum. Das gilt für die Sieger dieses Urnenganges, die argwöhnisch jede wei-

tere Diskussion über die verbleibenden Möglichkeiten eines *modus vivendi* verfallen, ebenso wie für die unterlegenen Befürworter des EWR-Beitritts, die sich in alle Windrichtungen verstreuen und sich gegenseitig mit Vorwürfen überhäufen. Offensichtlich ist auch der *Bundesrat* derzeit nicht in der Lage, sich einigermaßen geschlossen hinter eine eindeutige Strategie zu stellen und diese verständlich darzustellen. Das Offenhalten aller Optionen und das Zuwarten bis zu den Entscheiden der EG-Beitrittskandidaten ist wahrlich ein *kleiner gemeinsamer Nenner*, der viel Spielraum für wenig koordinierte Einzelaktionen lässt. Das mühselige bilaterale Verhandeln an vielen Fronten erfordert wohl viele kleine Schritte, was die Regierung jedoch nicht daran hindern dürfte, nach aussen und innen dezidiert und vernehmlich umfassendere Zielvorstellungen zu entwickeln. Dass sich das öffentliche Interesse gegenwärtig derart auf die verkehrspolitischen Auseinandersetzungen konzentriert, lässt Lücken in anderen Bereichen und in der Koordination vermuten.

An der Führungsschwäche ist freilich das *Parlament*, das sich eben erst eine bedeutendere Rolle in der Aussenpolitik zugeschrieben hat, und sind vor allem die grossen *Parteien* mitschuldig. Die Fronten verlaufen derart quer durch alle Gruppierungen hindurch, dass jede Profilierung in der Europafrage unberechenbare Auswirkungen auf den Wahlerfolg in zwei Jahren haben wird. Daher spielen auch die Zeitpläne eine wichtige Rolle und werden die Argumentationen für ein abwartendes Verhalten verständlicher. Um Lagebeurteilungen und Aussagen über kurz-

und mittelfristige Optionen kommt man jedoch nicht herum. Diesbezüglich herrscht jedoch eine *Nervosität*, die bei konkreten Anlässen wie der Einreichung der Initiative für eine zweite EWR-Abstimmung oder verhandlungstaktischen Positionsbezügen der EG gelegentlich hysterische Formen annimmt.

Versucht man etwas Distanz zu dem hektischen politischen Betrieb zu gewinnen, so kann man unabhängig von den eigenen Präferenzen wohl zwei wesentliche Erfordernisse einer konstruktiven Europapolitik festhalten. Einerseits muss das *Potential der bilateralen Verhandlungen* ohne Rücksicht auf Erfolgsvermutungen konsequent ausgeschöpft werden. Dieser Prozess ist zäh und langwierig; um so mehr muss eine koordinierte Führung sichtbar werden. Andererseits sind die politisch Verantwortlichen verpflichtet, die *Auswirkungen des europäischen Binnenmarktes* zu registrieren, darzustellen und zu Lagebeurteilungen zu verdichten. Dieser Aufgabe werden sie durch den ein-

mal gefällten Entscheid des Souveräns nicht enthoben. Wenn sich aus der Beurteilung der Entwicklung ein begründeter Handlungsbedarf ergibt, wird sich niemand mit gutem Gewissen dagegen sträuben können, dass *neue Entscheidungen* nötigenfalls rasch vorbereitet und den zuständigen Instanzen vorgelegt werden. Auf beiden Handlungsebenen wird man zwangsläufig parallel operieren müssen. Dies auch der Bevölkerung begreiflich zu machen, bedarf einer überzeugenden Informationsarbeit, die bisher nicht erkennbar ist.

Im derzeitigen politischen Stimmungstief, das von wirtschaftlichen Schwierigkeiten, alarmierenden Defiziten der öffentlichen Hand und innenpolitischen Polarisierungen geprägt wird, sind nicht kurzlebige symbolische Aktionen gefragt, sondern Zeichen der *Autorität*, die nur durch eine energische Anstrengung zur Bündelung der auseinanderstrebenden Kräfte und durch einen verstärkten Dialog über die verhärteten Fronten des 6. Dezembers hinweg wiederzugewinnen ist.

Ulrich Pfister

Entdecken und Wiederfinden

Wir leben – als Journalisten an der Tageszeitung oder am Mikrophon etwas mehr, als Zeitschriftenmacher etwas weniger – alle vom Bedürfnis der Leser, Hörer und Zuschauer nach Information. Etwas Neues zu bringen, verspricht dabei mehr Erfolg als sorgsames Bedenken dessen, was wir vielleicht voreilig als bekannt voraussetzen. Bezogen auf das Tagesgeschehen mag das eine

Binsenwahrheit sein; aber längst schon kennzeichnet es auch unsere kulturelle Befindlichkeit, dass wir am geistigen und künstlerischen Geschehen der Gegenwart von der Gier nach Neuem angetrieben und von Kurzatmigkeit bedroht werden. Innovation wird möglicherweise höher bewertet als Vollen- dung; das Neue rechtfertigt allein schon die Trommler, die darauf aufmerksam

machen. «Entdeckungen» geraten in diesem Klima leicht zur Routine. Zwar sind die Fronten zwischen dem Approbierten und der Avantgarde seit langem schon verschwunden, weil es diese einst hilfreiche Orientierung nicht mehr gibt; aber die Erwartung, dass da jemand das ganz andere, noch nie Versuchte, kurzum das völlig Neue zur Diskussion stelle, ist so verführerisch, dass die Begeisterung darüber die nüchtern-wohlwollende Prüfung verdrängt. Statt gewissenhaft und genau nachzusehen, was da vorliegt, statt es mit Bekanntem und Bewährtem zu vergleichen und die Bedeutung der festgestellten Unterschiede zu bedenken, was möglicherweise dazu führen kann, sie zu bejahen, möglicherweise aber auch dazu, sie abzulehnen, erliegen wir einer voreiligen Entdeckerfreude. Das «Erbe» wird dabei eher als Last empfunden. Es stört ganz einfach. Vorstellungen wie die vom «Nullpunkt der Literatur» oder von der «tabula rasa» sind auf diesem Boden gewachsen.

Jeder künstlerische Schaffensprozess bedeutet Neugründung. Zu Beginn kreativer Prozesse steht niemals fest, wohin sie führen werden. Und noch nicht dagewesen ist auf jeden Fall, was schliesslich daraus hervorgeht. Der Betrachter oder Leser, natürlich und besonders auch der Kritiker, der das Gespräch und damit die Rezeption eröffnet, dürfte sich bei dieser Definition des Neuen jedoch nicht aufhalten. Viele und sehr unterschiedliche Fragen stellen sich ihm gleichzeitig. Zunächst vielleicht (und warum nicht?): Ist das Thema neu? Sind formal, in der Wahl des Zugangs, in der Art der Verwendung erprobter Techniken neue Wege beschritten worden? Nur wer Überliefertes aus neuerer und fernerer Zeit gegenwärtig hat und wer sich des Vorgegangenen zu erin-

nern vermag, wird diese Fragen zuverlässig beantworten können. Wer davon keine oder nur geringe Kenntnis hat, wird noch bald einmal glauben, vor verblüffenden oder anderweitig aus der Norm fallenden Erscheinungen eine Entdeckung zu machen, und für diesen Freund der Moderne trifft das dann ja auch zu.

Sollte man aber vor Werken der Literatur, der Kunst, der Musik nicht eher fragen: Ist es gelungen? Vielleicht gehen wir – im Sog der Innovationsbesessenheit – seit einer Weile schon in die falsche Richtung und übersehen, dass Entdeckungen in Bereichen der Kultur auch weit abseits der flimmernden Front der News zu machen wären. Vielleicht liegt die Qualität einer Neuerscheinung weniger darin, worin sie sich als heutig erweist, vorwiegend also in Äusserlichkeiten. Vielleicht finden wir in ihr, übersetzt in die Sprache unserer Zeit, das Kunstwerk aufs neue, das sich dadurch zu erkennen gibt, dass es gut ist, gut gemacht, gelungen. Zwar ist keiner von uns gegen den Reiz des Neuen und selbst des Modischen gefeit. Jede Zeit hat ihre aktuellen geistigen Tendenzen, ihre eigenen Ausdrucksformen. Ihnen sind wir als Zeitgenossen zugehörig, an ihnen haben wir unsern Anteil, und ich denke, es sind gerade die Feinhörigen und Sensiblen, die auf Veränderungen des «kulturellen Jargons» besonders wach reagieren. Zum Beispiel spüren sie, was an neuen Möglichkeiten der Sprache im Entstehen ist, und ebenso spüren sie, was zur Mode von gestern oder vorgestern abgesunken ist. Das hat mit Qualität indessen nicht unmittelbar zu tun. Darum sind Skepsis und sogar Misstrauen gegenüber den modischen Veränderungen der künstlerischen Sprache nicht falsch. Aber wir sollten nicht vergessen, dass selbst der eitle und

geräuschvolle Betrieb das Klima ist, in dem gerade auch die Werke entstehen, die überdauern, weil sie gelungen sind. Vielleicht bedürfen sie dieser Atmosphäre von Kommunikation, Auseinandersetzung, Rivalität, selbst Streit, und es ist nicht so, dass die Bücher, die sich als wesentliche Schöpfungen erweisen, weit ausserhalb dieses Betriebs entstünden. Natürlich gibt es die selbstgewählte Isolation, es gab und gibt zu allen Zeiten

auch den Aussenseiter, der seine eigenen Wege geht. Wir sollten aber auch in Fällen ausgesprochener Abkehr vom «Zeitgeist» nicht schon auf Entdeckungen zählen, sondern auch da fragen, ob das, was in solcher Isolation entsteht, uns als Zeitgenossen betreffe und Bestand habe. Die wahren Entdeckungen erweisen sich hier wie dort als ein Wiederfinden.

Anton Krättli

Die multikulturelle Gesellschaft bleibt ein konfuses Schlagwort, solange man die Schwierigkeiten tabuisiert, die ihr Begriff aufwirft, aber nicht klärt. Der zähe Streit, der darüber entbrannt ist, kann zu nichts führen, wenn kein Mensch weiss oder auch nur wissen will, was mit Kultur gemeint ist. «Alles, was Menschen tun und lassen» – das scheint die präziseste Definition zu sein, die den Gesprächsteilnehmern zur Verfügung steht. Schon aus diesem Grund ist die Debatte dazu verurteilt, den Widerspruch zwischen Verharmlosung und Verketzerung, Idylle und Panik zu reproduzieren.

Hans Magnus Enzensberger in:
«Die Grosse Wanderung, 33 Markierungen»
(Surkamp Verlag, Frankfurt am Main 1992)